

13.05.1930 – 85. Todestag der deutschen Pädagogin Helene Lange (geb. 09.04.1848), seit 1902 Führerin des „Allgemeinen deutschen Frauenvereins“

28.05.1915 – vor 100 Jahren demonstrierten 1500 Frauen vor dem Reichstagsgebäude für den Frieden und gegen die Teuerung

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

5. Ausgabe / 25. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

12. Mai 2015

Regieren in einer Demokratie: Gewinne und Verluste

Birke Bull

2016 wird ein neuer Landtag gewählt.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat im Herbst 2014 beschlossen, für einen Politikwechsel, um die Führung einer anderen Regierung zu kämpfen. Unser Anspruch ist, nunmehr auch in Regierungsverantwortung zu zeigen, was wir drauf haben. Wahrlich keine einfache Aufgabe, wie die Erfahrungen anderer LINKER Landesverbände zeigen. Damit einher geht auch die Sorge vieler Genossinnen und Genossen, dabei unser politisches Profil zu verlieren. Die Frage nach der Macht und ihren Gefahren ist in unserer Partei eine ganz wichtige und kontroverse.

Zu Recht.

Aus Halle erreichten mich dazu besorgte Fragen.

In der Demokratie muss verhandelt werden

Entscheidende Fragen sind: Wie groß ist der gemeinsame politische Vorrat mit möglichen Partnern? Wie weit kann dieser Vorrat eine Regierung tragen? Das treibt uns alle um: Genossinnen und Genossen in den Orts- und Basisgruppen, in den Kreisverbänden, in den Kommunalparlamenten, im Landesvorstand, in der Landtagsfraktion. Die Frage nach der Macht und den Gestaltungsmöglichkeiten beim Regieren, trieb die PDS um und bewegt DIE LINKE - nach wie vor. Zwei Fragen sind es, die neben den konkreten politischen Konzepten verständlicher Weis oft sehr emotional geführt werden: Wie hältst du es mit der politischen Vergangenheit in der DDR? Was passiert mit den Übereinkünften und Forderungen, die uns dabei wichtig sind? Unsere Parteiprogramme seit 1990

beschreiben sie: Die DDR ist vor allem gescheitert, weil es ihr an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fehlte. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Diese Erfahrung war und ist für viele von uns eine schmerzhafteste. „Ohne Demokratie kein Sozialismus!“ - das ist und bleibt unsere Konsequenz daraus. Wenn wir heute von Sozialismus sprechen, dann sprechen wir ausdrücklich von einem demokratischen - aus Erfahrung gewissermaßen und in Abgrenzung zum Sozialismusversuch der DDR. Eines gehört in der Politik jedoch auch immer dazu: Kompromisse sind die Bewegungsform von Demokratie. Ohne Kompromisse gibt es nur das Gegenteil von Demokratie. Und: Ein Kompromiss ist immer dann einer, wenn alle Beteiligten unzufrieden, respektive zufrieden sind. Er beschreibt den kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen Partnern. Also werden wir in allen politischen Fragen verhandeln müssen. Übrigens nicht nur in Regierungen. Auch dort, wo wir in Vereinen unterwegs sind, in Bürgerinitiativen, in Bündnissen, in kommunalen Vertretungen. Übrigens auch in unserer Partei selbst. Überall dort, wo Menschen unterschiedlicher Auffassung ein gemeinsames Ziel anstreben, ist ein gemeinsamer Weg ohne Kompromisse nicht zu haben. Was gut, richtig oder auch nur akzeptabel zu sein scheint, ist nur in der gemeinsamen Diskussion klärbar, auf demokratischem Wege zu entscheiden.

Die DDR von links kritisieren

Die Erfahrungen in und mit der DDR sind so vielfältig wie die gelebten Biografien.

weiter auf Seite -2-

Regieren in einer Demokratie: Gewinne und Verluste

Fortsetzung von Seite -1-

Zwischen dem politischen Rückblick und dem gelebten Leben kann es da durchaus Unstimmigkeiten geben. Unrecht ist geschehen, aber bei weitem nicht jeder von uns hat Unrecht erlebt. Nicht zuletzt gelebtes Leben nach 1990 beeinflusst die Erinnerung. Aber die Gradlinigkeit und die Klarheit, mit der wir die Gefahren für die Demokratie in der heutigen Gesellschaft kritisieren, muss auch Gradmesser für den Blick auf das sozialistische Konzept der DDR sein. „Die DDR von links kritisieren!“ so brachte es ein Genosse während der Regionalkonferenz in Hettstedt im Herbst 2014 auf den Punkt. Es war im übrigen einer, der viel Verantwortung getragen hat, früher und offenbar auch heute. Ich bin froh darüber, dass in unserer Partei unterschiedliche Sichtweisen Raum und Podium haben. Und dass wir diskutieren können, offen und frei. Demokratie lebt vom Widerspruch - auch oder vielleicht auch gerade ein Gewinn für uns, die wir den größten Veränderungsanspruch einfordern.

Ein Kampfbegriff zementiert die Debatte

Der Begriff „Unrechtsstaat“ zementiert eine Debatte, die den Blick aufs Große und Ganze aber auch auf ganz individuelle Verantwortung nötig hat. Er verführt dazu, sich der eigenen Verantwortung zu entziehen, mit dem Verweis auf vermeintlich fehlende Handlungsspielräume. Ein Kampfbegriff, der die notwendige Vielfalt der Perspektiven auf die DDR eher verstellt als offenlegt.

Aber es ist auch nicht außerhalb meiner Vorstellungskraft, dass er für diejenigen Wiedergutmachung und Klarheit sein könnte, die Unrecht selbst erlebt haben: Andersdenkende, die drangsaliert wurden und Brüche in ihrer Biografie hinnehmen mussten. Meine grundsätzliche Kritik am Begriff bleibt dennoch.

Seine Niederschrift in einem gemeinsamen Papier möglicher Koalitionspartner wird für mich von Bedeutung sein bei der Abwägung, einer Koalition zuzustimmen oder eben nicht. Es wird von Bedeutung sein, als ein Punkt unter vielen anderen, die wir in unserem Wahlprogramm vorschlagen. Weil ich mir im Klaren bin: Es wird Gewinne und Verluste geben. In einer Demokratie ist das nicht anders zu haben. Nirgend-

wo. Wir werden uns einbringen in den Streit darum. Im Herbst 2014, in Quedlinburg, haben wir unsere Prämissen dafür ein weiteres Mal beschlossen.

Das letzte Wort hat die Partei

Anders als in Thüringen und Brandenburg begrenzt unsere Landesverfassung den Zeitraum zwischen Landtagswahl und Regierungsbildung auf exakt 6 Wochen. Gemeinsam mit der SPD wollten wir diese Zeit verlängern. Um Zeit für basisdemokratische Mitbestimmung einzuräumen. Das ist an der CDU gescheitert.

Unsere Satzung legt für einen Mitgliederentscheid eine Frist von zwei Wochen fest. Die Entscheidung der Gremien nach der Wahl 2016, die Konstituierung von Verhandlungsgruppen, vor allem aber die gegebenenfalls konflikträchtigen Verhandlungen selbst und die Organisation des Mitgliederentscheids müssten in einer extrem kurzen Zeit von verbleibenden vier Wochen realisiert werden. Damit wird ein solches Vorhaben ein sehr riskantes Unterfangen. Der Landesvorstand hat darüber bereits im vergangenen Jahr intensiv beraten, aber noch nicht entschieden. Das letzte Wort jedoch, ob ein dann ausgehandelter Vorrat an politischen Gemeinsamkeiten und Kompromissen in einem Koalitionsvertrag tragfähig und akzeptabel sind oder eben nicht, das bleibt in jedem Fall bei den Genossinnen und Genossen unserer Partei. Auch wenn es letztlich die Delegierten eines Parteitag sind.

Jetzt streiten wir für unsere politischen Ideen

Jetzt aber werden wir ein Wahlprogramm erarbeiten, um ein Angebot zu machen, um zu zeigen: Unser Land braucht Veränderungen. Dazu haben wir Ideen und Vorstellungen. Es gibt eine große Erwartungshaltung an uns, für Veränderungen zu kämpfen. Im Wahlkampf fordern wir harte und klare politische Auseinandersetzung. Ab jetzt wünsche ich mir deshalb einen gemeinsamen und engagierten Wahlkampf. Lasst uns für unsere eigenen politischen Vorstellungen und Konzepte werben und für ein starkes Wählervotum kämpfen - ein Votum für demokratisch-sozialistische Politik. Anders ist DIE LINKE nicht zu haben!

Aus der letzten Stadtratssitzung vom 29.04.2015

Einige Vorlagen der Verwaltung bzw. Anträge von Fraktionen ließen erahnen, dass es wieder einige Debatten geben könnte. Jedoch – das sei vorher angekündigt – hielten sich diese dieses Mal in Grenzen.

Allerdings wurde u.a. eine Vorlage, die die unterschiedlichsten Meinungen provozierte, von der Verwaltung zurückgezogen. Es handelte sich um die Vorlage Bebauungsplan Nr. 159 – „Stadteingang Riebeckplatz“. Hinter dem „Namen“ der Vorlage verbirgt sich der Plan für den Bau eines Hochhauses, welches als Büro- und Verwaltungsgebäude errichtet und von der Stadt Halle (Saale) genutzt werden soll.

Schon im Vorfeld hatte unsere Fraktion dieses Vorhaben kritisiert, da eine Bedarfsanalyse nicht vorliegt. Dazu kommt, dass der Stadtrat seit Jahren ein „Immobilienkonzept“ einfordert. Vielleicht war es genau dieser „Druck“ und die Erkenntnis, dass diese Vorlage im Stadtrat keine Mehrheit bekommen könnte, die die Verwaltung veranlasst hat, diese Vorlage zurückzuziehen!?

Dem Leitbild Riebeckplatz wurde im Stadtrat zugestimmt. In unserer Fraktion war die Abstimmung dazu nicht einheitlich.

Dem Bebauungsplan Nr. 169 Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße – öffentliche Auslegung – wurde zugestimmt.

Zugestimmt – auch mit unseren Stimmen – wurde dem „Wassertourismuskonzept“. Einmal mehr ist mit diesem Konzept nachgewiesen, dass die Stadt Halle (Saale) eine Stadt am Fluss ist! Mit diesem Konzept soll vor allem die touristische Attraktivität unserer Stadt weiter ausgebaut werden. So soll z. B. der Sophienhafen für Kajak- und Motorboote ausgebaut werden. Auch Anlegemöglichkeiten im Bereich des Riveufers, der Peißnitzinsel oder an der Talstraße wurden empfohlen. Auch für Paddler sind Streckenführungen etc. geplant. An die Verbesserung zusätzlicher gastronomischer Angebote wurde in diesem Konzept auch gedacht. Diskussionen – vor allem aber im Vorfeld der Stadtratssitzung – gab es zur Vorlage 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ – Neustadt 2025. Mit dieser Fortschreibung ist die Erweiterung des Fördergebietes beschlossen worden. So ist jetzt das Gebiet westlich der Wilden Saale sowie die Peißnitzinsel Bestandteil

des Fördergebietes. Die erwähnten Diskussionen und Problembeschreibungen rankten sich vor allem um die Frage, ob durch die Aufnahme der Peißnitzinsel geplante Investitionen in Halle-Neustadt nachrangig wurden. Unsere Fraktion hat u.a. auch deshalb einen Änderungsantrag eingebracht, (der auch angenommen wurde!), der das Projekt „Erarbeitung eines Konzeptes zur kombinierten, öffentlichen, privaten und halböffentlichen Nutzung von Flächen, Sport- und Spielanlagen zwischen und um die Schule „Sekundarschule Kastanienallee Halle“ und „Christian-Wolff-Gymnasium“ in Halle-Neustadt ...“ aufnimmt.

Diskussionen gab es dann zur Aufstellung eines Gedenksteines nahe der ehemaligen Poliklinik Mitte. Innerhalb unserer Fraktion gab es auch unterschiedliche Positionen zur Problematik, die schon im Vorfeld – also innerhalb der Fraktionssitzungen – zum Teil sehr kontrovers diskutiert wurden. Eine Mehrheit unserer Fraktion hat sich zum Stadtrat für die Aufstellung eines Gedenksteines ausgesprochen, der an die Frauen und Mädchen erinnert, denen Unrecht in der damaligen geschlossenen Venerologischen Station des Stadtkrankenhauses Poliklinik Mitte getan wurde. Auf Initiative unserer Stadträtin Katja Müller wurde aber durch unsere Fraktion ein Änderungsantrag zum Text für die Schrifftafel eingebracht. Dieser Antrag wurde im Stadtrat mehrheitlich angenommen.

Unsere Fraktion stellte im Stadtrat u.a. den Antrag, dass die Stadtverwaltung prüfen soll, ob und in welcher Art und Weise die Stadt Halle (Saale) auf vertraglicher Ebene mit einer Krankenkasse die Übernahme der Krankenbehandlung von Leistungsberechtigten nach den §§ 1, 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes durch die Ausgabe von Versichertenkarten gewähren kann. In vielen Städten und auch auf Länderebene wird an diesem Thema gearbeitet.

Die Intensionen des Antrages wurden nach kurzer Diskussion im Stadtrat von allen Fraktionen getragen. Allerdings müssen rechtliche Belange, für die das Land Sachsen-Anhalt steht, beachtet werden.

Der Antrag wurde zur weiteren Diskussion in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss verwiesen.

Ute Haupt, Stadträtin

Kinder- und Familienfest zum 1. Mai in Merseburg

Zu einer guten Tradition des Kreisverbandes DIE LINKE. Saalekreis ist das Kinder- und Familienfest zum 1. Mai geworden.

Bei schönem Wetter waren in diesem Jahr viele Besucher aus dem In- und Ausland der Einladung auf die Kliaplatte in Merseburg gefolgt. Politische Schwerpunkte in den Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern waren der Kampagnenstart „Das muss drin sein“ sowie Aufklärung zum TTIP. Ergänzt wurde das politische Angebot durch den Jugendverband solid und einen Stand von „Cuba sí“.

Kleine Besucher ließen sich von Andi im Kinderprogramm unterhalten und vom IVIZ e. V. schminken. Außerdem fanden sie allerlei Spaß beim Torwandschießen vom SV 99 Merseburg, einer Bastelstraße, Saftbar und Glücksrad. Für Abwechslung sorgten die



„Schochwitzertanzmäuse“ und der Spielmannszug der Freiwilligen Feuerwehr Bad Lauchstädt, die beide neu im Programm waren und sehr gut bei den Besuchern ankamen.

Weitere Unterstützung kam auch vom Ortsverband Mücheln, der mit seiner Zuckerwattemaschine viele Kinderherzen höher schlagen ließ, auch wenn das nicht besonders gesund war. Ein Dank auch an Suppensveni mit seiner Feldküche, mit der er schon seit vielen Jahren für das leibliche Wohl der Gäste und Veranstalter sorgt.

Ein herzliches Dankeschön für diese gelungene Veranstaltung geht an alle OrganisatorInnen und Mitwirkenden.

Text: Kerstin Eisenreich Foto: Daniel Schulz

Termine aus dem Kreisverband Saalekreis:

Mitgliederversammlungen zur Aufstellung der Direktkandidaten für die Landtagswahl 2016

Wahlkreis 34 Bad Dürrenberg-Saalekreis:
29.05.2015, 19:00 Uhr, Bürgersaal Schkopau,
Schulstraße 18, 06258 Schkopau

Wahlkreis 39 Merseburg:
05.06.2015, 18:00 Uhr, Schlossgartensalon
Merseburg

Wahlkreis 33 Saalekreis:
13.06.2015, 10:00 Uhr, Volkssolidarität Senior-/
Juniortreff, Hermann-Duncker-Str. 10, 06179
Teutschenthal

Wahlkreis 40 Querfurt:
13.06.2015, 10:00 Uhr, Gaststätte
„Zum Goldenen Stern“, Friedenseiche 8,
06268 Nemsdorf-Göhrendorf

04.07.2015 Mitgliederversammlung zur
Neuwahl des Kreisvorstandes und Wahl der
VertreterInnen und ErsatzvertreterInnen für die
LandesvertreterInnenversammlung
(Genaue Zeit und Versammlungsort stehen
noch nicht fest.)

Luftlöcher bei der Sicherheit

von **Jan Korte**, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag
Sicherheit im Flugverkehr ist ein Kostenfaktor. Die Verantwortung dafür liegt dennoch in den Händen privater Unternehmen, deren Sicherheitsvorkehrungen oft mangelhaft sind, wie die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ergeben hat. Die Kosten für mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden könnten durch eine Luftfrachtsicherheitsabgabe gedeckt werden, welche die Bundesregierung aber aus Gründen des Standortwettbewerbs ablehnt.

Ende Oktober 2010 wurden Sprengsätze in Luftfrachtpaketen gefunden, die zum Teil auch über deutsche Flughäfen versendet wurden. Die Bundesregierung richtete eifrig einen Arbeitsstab von Auswärtigem Amt, Verkehrs- und Innenministerium sowie Sicherheitsbehörden ein, der einige Maßnahmen vorschlug, um die Luftsicherheit im Frachtverkehr zu erhöhen.

Dieses Ziel ist ohne Zweifel sinnvoll, denn Luftfracht wird in Frachtmaschinen und normalen Passagiermaschinen transportiert, die stark bewohnte Gebiete überfliegen. Im Gegensatz also zu Vorhaben wie der Vorratsdatenspeicherung können mit besseren Luftsicherheitskontrollen tatsächlich Anschläge verhindert werden. Zusammen mit meiner Fraktion DIE LINKE im Bundestag habe ich deshalb nachgefragt, was in puncto Luftfrachtsicherheit seit 2010 passiert ist.

Geplante Maßnahmen nur zum Teil umgesetzt

In ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage „Luftsicherheit und Frachtkontrollen“ (BT-Drs. 18/4470) musste die Bundesregierung einräumen, dass nur einige der beschlossenen Maßnahmen umgesetzt wurden. Einer der wichtigsten Punkte war die Verbesserung von Luftfrachtkontrollen in den Ursprungsländern. Dazu sollten über hundert sogenannte Luftfrachtsicherheits-Verbindungsbeamte der Bundespolizei eingesetzt werden – tatsächlich im Einsatz ist derzeit ein einziger Bundespolizist in Saudi-Arabien. Auch personell sollten die für Luftfracht zuständigen Behörden aufgestockt werden – aber der Haushaltsausschuss verweigerte bei etlichen Stellen seine Zustimmung. Stattdessen forderte er die Bundesregierung auf, etwas für die Einnahmenseite zu tun, zum Beispiel eine Luftfrachtsicherheitsgebühr zu prüfen. Dies hat das Innenministerium getan und kam zu dem Ergebnis: „Im Ergebnis erschien die Zulässigkeit einer Luftfrachtsicherheitsgebühr rechtlich und auch wirtschaftspolitisch (Wettbewerbsnachteile) problematisch.“ Kurz: Es gibt nicht mehr Stellen (also mehr Kontrollen und letztendlich mehr Sicherheit) weil die Bundesregierung sich nicht traut, die deutsche Logistikbranche mit Gebühren zu belasten. Eine heimliche Subventionierung auf Kosten der Sicherheit.

Logistikunternehmen selber für Sicherheit verantwortlich

Doch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesbehörden, die für die Luftfrachtkontrollen zuständig sind, also der Bundespolizei, des Luftfahrtbundesamts oder des Zolls, sind ohnehin fast nur für Transferfrachtkontrollen zuständig. Europaweit wird auf das Prinzip der „sicheren Lieferkette“ gesetzt, bei dem die Verantwortung für Sicherheit größtenteils in den Händen privater Unternehmen liegt.

Die in der Bundesrepublik aufgegebene Fracht wird in der Regel von sogenannten „reglementierten Beauf-

tragen“, also zertifizierten Speditions- und Logistikunternehmen überprüft. Mitarbeiter dieser Unternehmen prüfen Waren und Luftpost auf Sprengstoffe, bevor sie in ein Flugzeug geladen wird. Wer als Hersteller seine Waren auf dem Luftweg versendet kann den Status als „bekannter Versender“ beantragen. Die in einem als „bekannter Versender“ zertifizierten Standort produzierte Ware muss, wenn sie auf dem Luftweg verschickt werden soll, vor Zugriff durch dritte gesichert, verpackt und zum Flughafen gebracht werden.

Damit ein Standort dieser Unternehmen ein Zertifikat als reglementierter Beauftragter oder bekannter Versender bekommt müssen dort Sicherheitsvorschriften umgesetzt werden, deren Einhaltung stichprobenartig überprüft wird. Das Ergebnis dieser Überprüfungen ist verheerend: Im Jahr 2014 wurden bei reglementierten Beauftragten bei 40 Prozent der Kontrollen Mängel festgestellt. Bei bekannten Versendern wurden 2014 bei 38 Prozent der Kontrollen Verstöße gegen Sicherheitsvorschriften festgestellt, 2013 lag die Mängelquote sogar bei 67 Prozent. Kontrollen bei den Subunternehmen, die Ware mit dem Status „sicher“ transportieren, gab es kaum – Mängel dafür aber bei fünf der insgesamt sechs Kontrollen 2014. Die Bundesregierung ist offenbar dennoch zufrieden mit dem System der „sicheren Lieferkette“, die sie als „gutes System“ bezeichnet. Eine 100-prozentige Sicherheit könne mit keinem System erreicht werden. Es schließe zudem „zusätzliche stichprobenartige Frachtkontrollen durch staatliche Sicherheitsbehörden nach dem auch international anerkannten ‚Grundsatz der Vorhersehbarkeit‘ nicht aus.“ Zum Glück, kann man da nur sagen. Denn die Hersteller und Luftfrachtunternehmen, bei denen Mängel festgestellt werden, haben kaum etwas zu befürchten: In den letzten eineinhalb Jahren verloren nur 5 Standorte ihre Zertifizierung.

Echte Sicherheit statt Überwachung

Das Beispiel Luftfracht zeigt deutlich die Widersprüche der Bundesregierung wenn es um die Sicherheit geht. Sie möchte Berge mit Daten unschuldiger Bürgerinnen und Bürger anhäufen und erklärt dies zu einem Beitrag zu mehr Sicherheit. Fakt ist aber, dass – wenn überhaupt – die Vorratsdatenspeicherung im Nachhinein zur Aufklärung von Anschlägen beitragen könnte. Mehr für die Qualität der Luftfrachtkontrollen zu tun, kann hingegen Anschläge verhindern.

Hier überlässt man das Feld aber den Privaten, bei denen jeder Mehraufwand bei der Sicherheit mehr Kosten, und damit eine schmalere Gewinnmarge bedeutet.

Obwohl dieses System offenbar gescheitert ist, hält die Bundesregierung daran fest. Im Vergleich zu der

Leichtigkeit, mit der die Bundesregierung die Grundrechte der Bevölkerung, vermeintlich im Namen der Sicherheit, beschneidet ist es sehr auffällig, wie schwer sie sich damit tut, die Luftfrachtbranche mit Sicherheitsgebühren zu belasten.

Man würde es sich anders herum wünschen.

Vortrag mit Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.

09.07.2015 Beginn 18 Uhr

Auswege aus dem Kapitalismus. Marx oder Polanyi – wer hatte recht?

Mit der neuen Großen Krise des Kapitalismus ist auch die Frage nach grundlegenden Alternativen wieder aktuell geworden. Abkehr vom Wachstum, Ausbau einer Gemeinwohlökonomie, Kampf um die Commons und eine sozialökologische Transformation sind in der Diskussion.

Wie stehen aber sie zu jenen Alternativen, die von Karl Marx im 19. Jahrhundert und von Karl Polanyi im 20. Jahrhundert entwickelt wurden. Wo gibt es welche Anknüpfungspunkte?

Führen die Wege aus dem Kapitalismus über das kommunistische Gemeineigentum oder über die Dekommodifizierung von Natur, Arbeit, Geld und Kultur?

Was sind die Gemeinsamkeiten und was die Unterschiede beider Strategien?

Mit Prof. Dr. Michael Brie, RLS Berlin

Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6,
06122 Halle

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt
KONTAKT
RLS REGIONALBÜRO Halle
Leitergasse 4, 06108 Halle
TEL: 0345-2025594
email: gs-halle@rosaluxsa.de

Vortrag mit Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.

04.06.2015 Beginn 18 Uhr

Medien. Macht. Manipulation. Zur Funktion der Massenmedien in der bürgerlichen Gesellschaft

Der Referent gibt nach einem Blick auf die dominierenden bundes-deutschen Medienkonzerne einen Überblick über die Printmedien des Bundeslandes (hier Tageszeitungen in Sachsen-Anhalt). Benannt werden da auch die Eigentumsverhältnisse an diesen Medien. Es folgen Ausführungen über den medialen Umgang mit Linken, Freigeistern oder unbotmäßigen Regierungen. Benannt werden hier anhand von aktuellen und historischen Beispielen gezielte Manipulation und auch Grundregeln der politischen Propaganda in den bürgerlichen, staatstragenden Medien: „Schwarze Propaganda für die Heimatfront“. Nach diesen allgemeinen Ausführungen geht es im Vortrag zum einen darum, wie die offizielle Berichterstattung und Kommentierung auf internationale Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen eingeht – allgemein und anhand der aktuellsten Beispiele.

Mit Siegfried Krebs, Journalist

Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6,
06122 Halle

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt
KONTAKT
RLS REGIONALBÜRO Halle
Leitergasse 4, 06108 Halle
TEL: 0345-2025594
email: gs-halle@rosaluxsa.de

Topp, die Wette gilt: 15 000 D-Mark sind das Ziel!

Neue Politwette: Alte D-Mark-Münzen und -Scheine umtauschen und das Geld für eine gute Sache spenden. Macht mit, damit wir dieses Geld für unsere Solidaritätskampagne „Milch für Kubas Kinder“ einsetzen können!

Kaum zu glauben, aber wahr: Statistiken gehen davon aus, dass in deutschen Haushalten noch immer fast 14 Milliarden alte D-Mark-Münzen und -Scheine schlummern. Oft liegen die Reste irgendwo vergessen in der Schublade, verkramt in Schränken, zusammengerollt in alten Socken, eingenäht in die Matratze ... Ist das bei Euch auch so? Wo verstecken sich D-Mark-Reste bei Euch? Wir brauchen sie!

Die Wette

Der „Wettkönig“ der LINKEN und Aktivist der AG Cuba Sí, Klaus Jann aus dem roten Wülfrath, hat eine neue Politwette gestartet – natürlich ist seine Wettpartnerin wieder die unbekannte, großzügige „Unternehmerin mit dem linken Herzen“.

Das ist der Wetteinsatz: Klaus wettet, dass es ihm bis Mitte Juni 2015 gelingt, die grandiose Summe von 15 000 D-Mark aufzubringen. Das Geld wird dann umgetauscht und kommt der Cuba Sí-Spendenkampagne „Milch für Kubas Kinder“ zugute! Klaus' Wettpartnerin war so begeistert, dass sie spontan wettete: „Für jede 1 000 D-Mark, die bei Dir eingehen, lege ich noch je 100 Euro drauf!“ Das ist doch was – oder?

Schaffen wir das?

Wir unterstützen natürlich diese Wette und rufen auch Euch dazu auf mitzusammeln, damit von diesen 14 Milliarden mindestens 15 000 DM (es dürfen natürlich auch mehr sein) für die Kinder von Kuba zusammenkommen. Und wir sind dabei bescheiden, denn die 15 000 sind ja nur etwa ein Zehntausendstel der irgendwo liegenden Summe.

Was meint Ihr: Schaffen wir das? Wir meinen: Na klar! Wenn alle mitmachen, bei sich nachschauen und bei anderen nachfragen!

Wie könnt Ihr mitmachen?

Sendet Eure Scheine und Münzen direkt an Klaus Jann, Düsseldorf Straße 16 in 42489 Wülfrath.



Vergessen und verstaubt? Wer hat noch D-Mark-Überbleibsel? Her damit – für Kubas Kinder!

(Foto: wikipedia)

Oder Ihr meldet Euch in den Büros der LINKEN in Eurer Region, die Mitarbeiter nehmen das Geld in Empfang und leiten es an Klaus Jann weiter.

In Berlin könnt Ihr Eure D-Mark natürlich in der Spendenbox im Cuba Sí-Büro abgeben – wir leiten alles Geld an Klaus Jann nach Wülfrath weiter. Unsere Adresse: Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, Berlin-Mitte.

Oder ruft uns im Cuba Sí-Büro an, wir können Euch dann den „heißen Draht“ zu einer unserer Regionalgruppen vermitteln.

Auf dem Laufenden bleiben

Wer wissen will, wie sich die Wette entwickelt, kann auf Klaus' Homepage nachlesen (<http://www.linksdemokraten.de>). Und nun: Topp, die Wette gilt!!

Wer Kuba unterstützen möchte:

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí,
IBAN: DE 06 1005 0000 0013 2222 10, BIC: BELADEBEXXX
(Berliner Sparkasse). Verwendungszweck bitte immer angeben:
„Kuba muss überleben“ oder „Milch für Kubas Kinder“.

Cuba Sí
AG in der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Tel.: (030) 24 009-455, -456
berlin@cuba-si.org
www.cuba-si.org

12. & 13.6. ndLive

Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

Der kurze Sommer der Anarchie.
1990: 25 Jahre danach. Wir feiern.

Das
Fest
vom nd
ndlive.de



Bands

Politik
Literatur

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd

Feiern zwischen Anarchie und SYRIZA

»neues deutschland« lädt am 12./13. Juni zum Pressefest ins Haus FMP1 am Franz-Mehring-Platz 1 in Berlin. Es wird an die Monate vor dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik erinnern, aber auch die Situation in Griechenland und den Zustand der EU thematisieren. Der Sprecher der Roten Reporter in Brandenburg Heinz Schneider hat den nd-Chefredakteur Tom Strohscheider interviewt.

Was können Besucher an diesen Tagen erwarten?

Tom Strohschneider: Wie immer wird es eine großartige Mischung aus Musik, politischen Gesprächen und Literatur geben. Wir blicken 25 Jahre nach dem »kurzen Sommer der Anarchie« zwischen Herbstwende und Wiedervereinigung auf jene kurze Zeit in der DDR zurück, in der so viel möglich schien – und aus der dann aber doch so wenig wurde.

Was bleibt also von der Wende?

Darüber werden wir unter anderem mit Gregor Gysi und Friedrich Schorlemmer diskutieren.

Das Motto »Der kurze Sommer der Anarchie« lässt vermuten, dass nd vor allem die Vergangenheit beleuchtet. Welche Rolle werden die gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen spielen?

Einer der Schwerpunkte ist natürlich Griechenland, wo SYRIZA um eine Kursänderung in der europäischen Krisenpolitik ringt. Was wurde durch die linksgeführte Regierung bereits erreicht? Was steht

noch an? Und wie ist die kompromisslose Politik in Berlin und Brüssel zu bewerten?

Darüber sprechen wir unter anderem mit dem ehemaligen Athener Sonderbotschafter Jorgo Chatzimakakis.

Fest bedeutet auch Feiern, Musik, Party und Spaß. Wer wird diese Bedürfnisse befriedigen?

Es heißt ja nicht umsonst: »Wir feiern.«

Wer sich unsere Redaktion einmal anschauen will, kommt ebenso auf seine Kosten wie Freunde von Literatur und Musik.

Vom großen Spielplatz für Kinder bis zu Ausstellungen – für jeden ist was dabei. Am Freitagabend spielen Wenzel & Band, am Samstag unter anderem Thomas Putensen & Band die Anarchistische Musikwirtschaft.

Und nicht nur Karsten Krampitz und André Kubiczek werden zu uns in den Lesekeller herabsteigen.

2014 feierte nd nach einigen Jahren »Fest der Linken« wieder alleine. In diesem Jahr wieder. Warum eigentlich?

Wir feiern ja nicht alleine – im vergangenen Jahr kamen mehr als 2.500 Besucher zu ndLive. Aber richtig ist, dass wir uns entschieden haben, das Pressefest wieder nach Hause zu holen – also an den Franz-Mehring-Platz. Wir wollen eine Zeitung zum Anfassen sein, zum Mitdiskutieren und zum Spaß haben. Beim »Fest der Linken« im September machen wir trotzdem weiter mit.

Zu beiden sind eure Leser herzlich eingeladen.



Auch unser Stadtverband nutzte den 1. Mai, um die Kampagne „Das muss drin sein“ zu starten - mit einem Quiz, an dem sich mehr als einhundert Bürgerinnen und Bürger beteiligten. Danke an alle Genossinnen und Genossen und an Cuba Si, die unseren Stand auf dem Markt zu einem attraktiven Teil der Veranstaltung des DGB gemacht haben.



Vortrag mit Diskussion
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-
Anhalt e.V.

09.06.2015 Beginn 18 Uhr

Vom Sozialstaat zum Almosenstaat. Gibt es noch Solidarität? Anmerkungen zum Sozialreport

Freiheit und Sozialstaat – Doch welche Freiheit ist gemeint, wenn der Sozialstaat bröckelt?

Der Sozialreport 2014 wirft einen Blick auf den Ist-Zustand des jetzigen Deutschlands, auf die Wahrnehmung der politischen Institutionen, auf den Zustand der Demokratie und beschreibt sich verändernde Wertvorstellungen. Demokratie, Freiheit und Gleichheit werden dabei als die wichtigsten Werte angesehen.

Dieser Sozialreport wirft einen Blick auf den Ist-Zustand des jetzigen Deutschlands, auf die Wahrnehmung der politischen Institutionen, den Zustand der Demokratie und beschreibt die sich verändernden Wertvorstellungen. Dabei werden Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit als die wichtigsten Werte angesehen. Zugleich wird eine starke Kritik am Zustand der Demokratie formuliert

Mit Cornelia Hildebrandt, RLS Berlin

Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6,
06122 Halle

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT

RLS REGIONALBÜRO Halle

Leitergasse 4, 06108 Halle

TEL: 0345-2025594

email: gs-halle@rosaluxsa.de

„Senioren-Cafe“, am 27. Mai

Spaziergang über den Stadtgottesacker mit
Führung durch Genossin Dr. Christine Zahrend

**Treff: 14:30 Uhr am Haupteingang,
Gottesackerstr. 7**

Voranzeige:

Senioren-Cafe' am 24. Juni im Linken

Laden 14:30 Uhr:

Vorstellung des Buches von Petra Pau „Gottlose
Type - meine unfrisierten Erinnerungen“
durch Genn. Höpner

Traurig bekannt, aber längst kein Einzelfall

von Martin Schirdewan

Die politischen Ereignisse der zurückliegenden Wochen in Tröglitz im südlichen Sachsen-Anhalt sind fürchterlich. Keine Frage. Erst wird ein ehrenamtlicher Bürgermeister durch gegen sich und seine Familie gerichtete Drohungen von Nazis aus dem Amt gedrängt, weil er sich für Asylsuchende stark gemacht hat, dann wird kurzerhand die für die Unterbringung der Menschen in Not bereitstehende Unterkunft abgefackelt. Berechtigt erhebt sich ein öffentlicher Sturm der Empörung, demonstrieren Bevölkerung und Vertreter der demokratischen Parteien zusammen gegen Rassismus und Fremdenhass. Daraufhin erhält der christdemokratische Landrat von den Neonazis Drohungen.

Verkehrte Welt in Sachsen-Anhalt, wo insbesondere im Süden immer wieder die NPD von sich hat Reden machen können. Wer erinnert sich nicht an den SPD-Bürgermeister Püschel, der medienwirksam zur NPD wechselte und für die Nazis für den Landtag kandidierte? Wer erinnert sich nicht an den Skandal um den Schornsteinfeger Battke, der als NPD-Kreistagsmitglied ehrenamtlich in einem lokalen Fußballklub nicht nur fürs Kicken, sondern auch für die geistig-moralische Erziehung der Kids Verantwortung übernahm?

Doch das Problem liegt nicht in Sachsen-Anhalt. Dort im Süden tritt es nur manchmal in ekelhaftester Weise zu Tage. Die verkehrte Welt findet sich zu oft fast überall. Wir alle kennen die Beispiele. Hier ist nicht der Ort, um mit dem Finger auf jemand oder irgendwohin zu zeigen. So, wie es in der ersten medialen Reaktion meist zu schnell geschieht. Doch mediale Stigmatisierung oder hilflose Symbolpolitik der Anständigen helfen hier nicht weiter. Die Gewinner der aktuellen Auseinandersetzung stehen leider schon fest. Es sind diejenigen, die ihre hässliche Fratze mit einer Politik der Gewalt in der Öffentlichkeit gezeigt haben. Und dafür leider in einem Land, dessen soziales Gefüge immer weiter auseinanderklafft, auch noch Sympathien ernten.

Und die Verlierer sind? Tröglitz, die Region, die demokratische Gesellschaft. Vor allem jedoch: die Asylsuchenden.

Eine andere Asylpolitik wird gebraucht. In der EU, in

Deutschland. Eine, in deren Zentrum der humanistische Gedanke steht und die den gesellschaftlichen Nährboden für Fremdenhass und Rassismus so gründlich umpflügt, das davon nichts mehr übrig bleibt.

Natürlich ist auch Sachsen-Anhalt ein offenes Land. Natürlich wird dort Menschen in Not geholfen. Weil es eine Selbstverständlichkeit ist. So soll es sein.

Was für eine Regierung wollen wir in Sachsen-Anhalt?

In 11 Monaten ist Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Die Vorbereitungen haben begonnen.

„Ich will Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt werden“, erklärte der Vorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN Wulf Gallert auf der Tagung des Landesparteitages und überlegt schon eine Regierungsbildung unter seiner Führung. Die Delegierten spendeten stehend Beifall. Also, die Spitze ist sich einig.

Doch Gemach, Gemach. Auch in Sachsen-Anhalt wird der Ministerpräsident nicht direkt gewählt. Er wird von der stärksten Parlamentsfraktion vorgeschlagen und von den neuen Abgeordneten des Landtages gewählt oder abgelehnt. Wichtig ist es deshalb, auf das Erreichen einer zahlenmäßig starken Fraktion im Landtag zu orientieren.

Doch deren Stimmen sind nicht ausreichend für die Abwahl der CDU-geführten Landesregierung. Für die Abwahl der Landesregierung aus CDU und SPD benötigt die LINKE in jedem Falle Bündnispartner. Nach Lage der Dinge könnten das Landtagsabgeordnete der jetzt mitregierenden SPD und der Bündnis 90/Grünen und denkbarer neuer Gruppen im Landtag sein. Also strebt die LINKE in Sachsen-Anhalt eine Rot-Rot-Grüne Landesregierung an? Ja.

Auf eine solche Strategie muss die Parteiführung erstmal die Mitgliedschaft und dann die Bevölkerung vorbereiten. Gegenwärtig ist es verdammt schwer, den Mitmenschen zu erklären, warum die CDU/SPD-Regierung gestürzt werden soll. Welche Ziele sollen mit dem Regierungswechsel erreicht werden? Was werden die Bewohner/innen in Sachsen-Anhalt davon haben? Eine neue Regierung. Na und?

Das reicht nicht. Wir brauchen eine starke Aufklärung

über die Ziele der LINKEN.

Das Beispiel Thüringen zeigt, dass eine Rot-Rot-Grüne-Regierung nicht nur theoretisch denkbar, sondern auch praktisch machbar ist.

In Thüringen hat die Koalition LINKE-SPD-Grüne im Landtag 1 Stimme Mehrheit. Keine erstrebenswerte Position. Nach gegenwärtigen Schätzungen erreichen in Sachsen-Anhalt die 3 potenziellen Kooperationspartner zusammen nicht die Mehrheit der Wähler/innen. Alle drei der möglichen Koalitionspartner müssen landesweit in der Wählergunst zulegen.

In Thüringen führte die Diskussion um die DDR-Vergangenheit zur Zerreißprobe für die Koalition und für die Partei DIE LINKE. Auch das ist nicht erstrebenswert. Allen politischen Mitstreitern ist doch klar: Ohne „Abstriche von den ursprünglichen Positionen“ wird es keine gemeinsame Regierung geben. Klar muss aber auch sein: Keine Partei hat das Recht, eine andere politisch zu erpressen.

Daher ist es ratsam, offen und öffentlich darüber zu debattieren, auf was wir freiwillig verzichten wollen. Welche politischen Zusagen erwarten wir von den möglichen Partnern. Worauf sollen sie verzichten? Gemeinsame Begegnungen und/oder Diskussionen von Akteuren aller drei Parteien könnten als „vertrauensbildend“ wirken.

Thüringen lehrt: Ohne Kompromisse der betroffenen Parteien und Politiker gibt es kein gemeinsames Regieren.

Die Alternative?

Die Alternative wäre die Fortführung der CDU-geführten Regierung in Sachsen-Anhalt.

Das ist nicht unser Ziel.

G. Naumann

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 400 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
07.05.2015
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 04.06.2015



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Mai Geburtstag haben.



Tag des Gedenkens, des Erinnerns und Mahnens

Die Fraktion DIE LINKE lud mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt zu einer Veranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung nach Halle ein

„Erinnerung bleibt nur lebendig, wenn man sich im Wandel der Zeit immer wieder mit neuen Sichtweisen und Darstellungen auseinandersetzt“, so unser Fraktionsvorsitzender Wulf Gallert.

Es war sein Fazit nach einer Veranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung, zu der die Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt nach Halle einlud. Den 70. Jahrestag der Befreiung im Spiegel der Neufilmung von „Nackt unter Wölfen“ zu diskutieren, war ein Ansatz, der seine Wirkung nicht verfehlte. Der Film war sehenswert, mahnend und verstörend. Die anschließende Podiumsdiskussion mit Wulf Gallert, dem Überlebenden des KZ Sachsenhausen Jonny Valentin und dem Filmhistoriker Dr. Detlef Kannapin setzte sich aus vielerlei Perspektiven mit dem realen Schrecken der nationalsozialistischen Herrschaft, mit der Erinnerung an diese Zeit und ihrer Darstellung in Film und Literatur auseinander.

Es steht immer die Frage im Raum, ob man mit einem Film das Unvorstellbare der Nazidiktatur angemessen darstellen kann. Sich die Neufilmung von „Nackt unter Wölfen“ anzuschauen, kostete angesichts brutaler Folter- und Gewaltszenen Überwindung aber in diesem Fall ist es das einzig richtige Mittel. „Die Szenen waren sehr authentisch“, so Jonny Valentin, der als Überlebender Film darstellte und tatsächliche Erfahrung miteinander verknüpfen kann. „Wenn solche Szenen zum Nachdenken anregen und der historischen Darstellung angemessen sind, darf man auf sie nicht verzichten“, so Dr. Detlef Kannapin.

Was Wulf Gallert mit lebendiger Erinnerung anhand der Auseinandersetzung mit immer wieder neuen Sichtweisen und Darstellungen meinte, wurde im Vergleich der Neufilmung von „Nackt unter Wölfen“ mit der DEFA-Erstverfilmung von Frank Beyer aus dem Jahr 1963 und der Romangrundlage von Bruno Apitz von 1958 deutlich. Beide Filme haben sich nicht weit vom Roman entfernt aber sie nehmen unterschiedliche Gewichtungen einiger Elemente vor. Vor allem die Darstellung des kommunistischen Widerstandes im KZ Buchenwald hat sich von einer moralischen Über-

legenheit der Kommunisten in der DEFA-Verfilmung hin zum moralischen Dilemma der kommunistischen Häftlinge angesichts einer brutalen KZ-Maschinerie, in der die Rettung eines dreijährigen Kindes den Tod vieler anderer KZ-Häftlinge hätte bedeuten können, verschoben. „Mit dem Film versteht man, warum der 8. Mai ein Tag der Befreiung ist“, so unser Abgeordneter und Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt Hendrik Lange. Um die Dominanz der Wertung Befreiung müsse man kämpfen wie um die Dominanz antirassistischer Positionen in der Politik und Gesellschaft, fügte Wulf Gallert hinzu.

Das Tabu offener Fremdenfeindlichkeit sei angesichts der Ereignisse in Tröglitz und anderswo inzwischen wieder gebrochen. Umso mehr muss der 8. Mai jedes Jahr wieder ein Tag des Gedenkens, des Erinnerns und Mahnens sein.

www.dielinke-fraktion-lsa.de

20.05.15, 17 Uhr im Linken Laden in der Leitergasse 4; der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen lädt ein zur Diskussion:

„Das gegenwärtige Verhältnis der EU zu Russland“.

Es ist zwei Jahrzehnte her, dass in Deutschland ein breites Bündnis gegen Krieg und Sozialabbau wirkte. In einer Zeit, in der außerparlamentarisch wenig politischer Druck gegen die rechtslastige Politik der Regierung erfolgt, ist es geboten linke Kräfte über Parteigrenzen hinweg zusammenzubringen und zu formieren.

Zum Thema:

"Für eine starke linke Opposition" spricht Prof. Dr. Anton Latzo

auf unserer Bildungsveranstaltung am **19. Mai 2015, um 16:30 Uhr, im Kulturtreff Halle-Neustadt**, Am Stadion 6. Wir laden dazu herzlich ein.

Rotfuchs Förderverein e. V.
Regionalgruppe Halle